

Kreuzzeitung:
15 Pf. für die vierspaltige
Zeile oder deren Raum. Für
Nachrichtenteile die Zeile 80 Pf.

Anzeigen

werden am Erscheinungstage
möglichst frühzeitig erbeten

Schriftleitung und Geschäfts-
stelle: Postfach Nr. 73

Preis 414.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Zum Kampf aufs Letzte.

Unter vollem Einsatz aller Waffen.

Uneingeschränkter Tauchbootkrieg.

Berlin, 31. Jan. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Regierung der Vereinigten Staaten wurde heute mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den ihr von neuem ausgesetzten Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortzuführen, daher auch Beschränkungen fallen lassen muß, die sie sich bisher in Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegte. Demzufolge wird vom 1. Februar 1917 ab in genau berechneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich, Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten. Für den Verkehr regelmäßiger antarktischer Passagierdampfer nach und von Falmouth werden beschränkte Ausnahmen zugelassen.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, den 31. Jan. 1917. Euerer Excellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. ds. Mts. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit der größten Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht mir zur großen Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutenden Kundgebung in weitem Umfang mit den Grundgedanken und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt. Hierzu gehören an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen. In Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig begrüßen, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangen. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben und sie in ein Reg. eigennütziges Jagen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gewillt, die auf die Verhütung künftiger Kriege abzielen.

Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Verkehr und den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundgedanken der deutschen Politik gehört. Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald hätten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker beiderseitig. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Überzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar. Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmer Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absicht gelegen habe. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Vorzüge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die Kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von dem Gegner nicht zu unbilligen Ansprüchen ausgenutzt werden kann. Solche Vorzüge um so dringender geboten, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und Artikeln seit dem Abschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz unterstellt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigtes anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungsjagd der Gegner, die den Frieden zunichtem wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätsprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstören und zu enteignen. Dem Versöhnungsversuch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs Äußerste.

So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt. Seit Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geleitete Flottenmacht nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, ihren nicht genehmigten Handelsverkehr auszugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden

sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharret bei ihrem Ausgrenzungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschaft kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Rechte der Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Vermüstungen, neue Not und neuen Tod, jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Krieger das Leben und ist eine Wohltat für die vereinigte Menschheit.

Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie erhofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch von dem Gegner mit verschärfter Kampfanlage beantwortet worden ist, wird die Kaiserliche Regierung, wenn sie in höherem Sinne der Menschlichkeit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem ausgesetzten Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortzuführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kriegsmittel zur See auferlegt hat.

Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die Kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage von der hohen Barre der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teil daran mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbare Opfer an Menschenleben zu vermeiden.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmassnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift Bezug nehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage bezeichneten Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen der Sperrgebiete verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Zimmermann, Staatssekretär des Auswärtigen.

Die Begründung durch den Kanzler.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages begründete Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg eingehend die Note an Amerika und schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Niemand unter uns wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen. Daß es um unser Leben geht, weiß seit dem 4. August 1914 jeder, und durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes ist dieses Wissen blutig unterstrichen. Als wir 1914 gegenüber der russischen Generalmobilmachung zum Schwerte greifen mußten, da taten wir es in dem Gefühl tiefster Verantwortung gegen unser Volk und in dem Bewußtsein entschlossener Kraft, die da spricht: Wir müssen darum können wir auch! Unendliche Ströme Blutes sind seitdem geflossen. Aber das Wissen und Können werden sie nicht wegwaschen. Wenn wir uns jetzt zur Anwendung unserer Waffen und schärfsten Waffen entschlossen haben, so leitet uns nichts als nüchterne Erwägung aller in Frage kommenden Umstände, nichts als der feste Wille, unserem Volke herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die uns unsere Feinde zugebracht. Der Erfolg steht in höherer Hand. Wir werden ihn für unser Vaterland zu erzwingen wissen. Seien Sie überzeugt, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu wird geschehen.

Englische Ansichten.

Die schweigende Admiralität.

Haag, 31. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel: Es sind nun genaue Anzeichen dafür vorhanden, daß die Deutschen ihren rücksichtslosen Tauchbootkrieg ausdehnen werden. Die Grenzen der Möglichkeit sind noch nicht erreicht. Die Admiralität wird wohl binnen kurzem die neue Gefahr beherrschen können, und man darf deshalb vor der Strömung warnen, deren Vertreter das Bauen von Schiffen als allgemeines Heilmittel betrachten. Der beschleunigte Bau neuer Kausfahrtschiffe ist wohl von großer Wichtigkeit, und wir glauben auch, daß die Regierung ihr äußerstes tun wird, um diese Frage zu regeln. Aber je mehr Schiffe wir vollenden, desto mehr Opfer liefern wir dem Feinde, wenn nicht das Werk auf den Schiffswerften

gleichzeitig von kräftigen Offensivmaßnahmen begleitet ist. Man darf nicht denken, daß die Tauchboote nunmehr unbeschränkte Freiheit zur Vernichtung hätten. Unsere schweigende Admiralität sagt wenig, arbeitet jedoch in der Stille, und sie hat Erfolg. Aber die Erfolge müssen mit der Zeit größer werden; denn es ist sicher, daß die Marinebehörden jeden Nerv anspannen, um der noch schlimmeren Bedrohung, mit der man jetzt zu rechnen hat, Herr zu werden. Von vitalem Interesse ist, daß die Hauptpflicht (die darin besteht, den Feind anzugreifen) nicht der Aufgabe untergeordnet wird, die erlittenen Verluste wieder zu ersetzen.

„Daily News“ wendet sich in ihrem Leitartikel gegen die Politik des Stillstehens. In einem längeren Leitartikel Arnold Bennetts in diesem Blatt wird gefordert, daß man die Anzahl der vernichteten Tauchboote bekanntgebe.

Deutsche Blätterstimmen.

Zur Aufnahme des ungehemmten U-Boot-Krieges schreibt die „Kreuzzeitung“:

Mit dem heutigen Tage zieht die deutsche Regierung die letzte Folgerung aus der schönen Zurückweisung unseres Friedensangebotes, und dieser Entschluß wird in den allerweitesten Kreisen des deutschen Volkes mit einem Gefühl aufeinander Erlösung und mit rüchhaltiger entschlossener Zustimmung aufgenommen werden.

Die „Volkzeitung“ schreibt: Es muß sein! Der Krieg tritt in ein neues Stadium. Wir hoffen, daß es das entscheidende sein wird. Wir wollen den Frieden! Will der Feind seinen Frieden auf dem Boden ehrlicher Verständigung, so müssen wir unter vollem Einsatz unserer Waffen den Frieden erzwingen.

Die „Tägliche Rundschau“ spricht von einem folgenschweren Schritt, der beschlossen wurde. Wir wissen nicht, wie die Neutralen, insbesondere Amerika, ihn aufnehmen. Aber falls ihre Stellungnahme wie immer aus. Es gibt kein Zurück mehr. Wir haben lange genug mit gebundenen Armen gekämpft. Nunmehr, da uns der Gegner ans Leben geht, wollen wir unsere beiden Arme und alle uns

In der „Völkischen Zeitung“ wird ausgeführt: Wie auch immer die Folgen sein mögen, wir müssen sie tragen, wo es sich um den Kampf von Deutschlands Existenz und um den Fortbestand der ihm durch Waffenbrüderschaft verbundenen Rasse handelt. Und dieses Wagen wird getragen sein von der einmütigen Entschlossenheit des deutschen Volkes. Alles, was uns bisher in dieser Frage trennte, ist fortgeblasen. Der Schlag, der jetzt von uns gegen England geführt wird, trifft, so hoffen wir, die Insel tödlich. Der Schritt, den Deutschland jetzt tut, beweist aller Welt, daß es den Sieg will, nicht um des Sieges willen, sondern weil es erkannt hat, daß der Weg zum Weltfrieden nur über den deutschen Sieg führt.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 31. Jan. (W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Starker Frost und Schneefälle schränken die Gefechts-tätigkeit ein.

An der lothringischen Grenze bei Reintzen war von mit-tags an der Artilleriekämpf stark, abends griffen die Fran-zosen einen Teil unserer Stellung an; sie wurden abge-wiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf dem Ostufer der Na stürmten unsere Truppen eine russische Waldstellung und wiesen in ihr mehrere starke Gegenangriffe zurück. 14 Offiziere und über 900 Mann wurden gefangen, 15 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.

Nach heftigem Feuer griffen die Russen mehrmals die Stellungen südlich der Valeputnastraße an. Zwei starke Angriffe scheiterten und beim dritten Ansturm gelang es einer russischen Abteilung in einen Stützpunkt einzu-zudringen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madsen. Nahe der Donau gingen starke feindliche Aufklärungs-abteilungen vor, sie wurden von den osmanischen Posten zurückgewiesen.

Mazedonische Front.

Deutsche Erkunder brachten von einer Streife im Cerna-bogen mehrere Italiener gefangen ein.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Ein Anschlag gegen Lloyd George.

Haag, 31. Jan. „Daily Mail“ meldet, daß gestern vier Personen unter der Beschuldigung der Verschwörung ver-haftet worden sind. Ferner wird dazu berichtet: Die Ver-hafteten sind eine Frau Wheelton, ihre Tochter Heddy, ihre zweite Tochter Frau Mason und ihr Schwiegersohn

Alfred Mason. Die Untersuchung findet vor dem Polizeigericht in Derby statt. Die Angeklagten werden beschuldigt, daß sie Lloyd George und Arthur Henderson hätten ermorden wollen. Das Zeugenhör wurde bis Samstag vertagt.

Die Kohlenkrise in Frankreich.

Paris, 31. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Im weiteren Verlaufe der Debatte in der Kammer über die Kohlenkrise erklärte Laval, die Kohlenvorräte von Paris würden bald erschöpft sein. Der Tagesverbrauch sei 7000 Tonnen, während nur 2500 täglich einträfen. Die Gasgesellschaft läme nur 14 Tage mit ihrem Kohlenvorrat aus. Trotz dieser Zustände leiteten die Kohlenverlader in St. Nazaire, weil man ihnen keine Lohnerhöhung bewilligt. Lavalte verlangte, daß die Kohlenbergwerksarbeiter der Klassen 1895 bis 1902 in die Bergwerke zurückgeschafft würden. Herriot gab zu, daß die Krise sehr ernst sei. Vor dem Krieg habe Frankreichs Jahresverbrauch 60 Millionen Tonnen betragen, von denen es 40 Millionen selbst erzeugte. Infolge der Invasion sei die Eigenproduktion auf 20 Millionen gesunken. Der durch Einfuhr zu bedeckende Bedarf übersteige zur Zeit 40 Millionen. Die Einfuhr aus England, die monatlich 2 Millionen betragen sollte, sei infolge Schiffsmangels seit August bis auf 1,5 Millionen gefallen. Er könne auch nicht verbürgen, daß Kohlenschiffe versenkt würden. Der Kohlenmangel sei auch durch Hochwasser und Frost bedingt, die man weder bekämpfen noch voraussehen könne.

Die staatliche Wohnungsfürsorge.

Der Fortschritt in der staatlichen Wohnungsfürsorge, der sich in der preußischen Regierungsvorlage bemerkbar macht, ist durch die eben beendete erste Lesung derselben in der Kommission noch gefördert worden. Zunächst ist von den Vertretern der Staatsregierung in bestimmtester Form zugestanden worden, daß die gegenwärtige Arbeit der Gemeinden auf diesem Gebiet nicht im mindesten eingeschränkt werden soll, und daß die Fluchtlinien-, Bau- und Wohnungspolizei in Zukunft auf Antrag ganz in die Hände der Gemeindeverwaltung gelegt werden soll. Von den Bestimmungen über die Aufschiebung des Baugeländes und über die Richtlinien der Wohnungsaufsicht sind viele Kann-Vorschriften in Muss-Vorschriften verwandelt worden. Auch hat man die finanzielle Unterstützung des Staates, die in Form von Erwerb von Stammanteilen gemeinnütziger Bauvereine und in Form von Bürgschaftsgewährung weiterer Hypotheken gegeben werden soll, noch erweitert und verbessert. Danach soll auf Grund der im Gesetz vorgeschobenen 10 Millionen Mark, die der Staat bei der Preußentasse hinterlegen will, nicht ein Bürgschaftskredit bis zu 100 Millionen, sondern bis zu 250 Millionen Mark gewährt werden, wobei man von der Erfahrungstatsache ausging, daß bei der gemeinnützigen Bautätigkeit bisher größere Fehlschläge und Ausfälle außerordentlich häufig vorkamen. Auch ist die Frage, ob nach dem Kriege drohender Wohnungsmangel insbesondere an Kleinwohnungen wirksam zu bekämpfen. Die private Bautätigkeit müßte vielmehr stark mit herangezogen werden und dazu müßte auch die gleiche staatliche Unterstützung erhalten wie die Genossenschaften, vorausgesetzt natürlich, daß sie sich den gleichen Bedingungen wie jene unterwirft. Die Wohnungskommission hat diese von den Fortschrittler beabsichtigte notwendige Erweiterung der staatlichen Wohnungsfürsorge einstweilen in erster Lesung abgelehnt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie in zweiter Lesung, welche nächste Woche durchgeführt werden soll, dem Antrag nach zustimmt. Das Plenum des Abgeordnetenhauses legt ebenso wie die Regierung Gewicht auf baldige Verabschiedung des Gesetzes, so daß anzunehmen ist, daß seine Bestimmungen schon im Februar in Kraft treten werden.

England und der Balkan.

Von Arthur Dix, jetzt Sofia.

Im Sommer 1915 schrieb der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow in einem für die bulgarische Sondernummer der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ bestimmten Aufsatz: „England verstand es besonders, das Herz Bulgariens zu gewinnen durch sein sympathisches und öfter betätigtes Interesse für das Los der arg unterdrückten Makedobulgaren. Hätte England nicht gemeinsame Sache mit Rußland gemacht, Bulgarien wäre es schwer gefallen, die englische Weltpolitik nicht wertig zu unterstützen.“ Dieses offene Aussprechen früherer bulgarischer Anschauungen durch den leitenden Staatsmann des Landes ist von besonderem Wert, weil es klar zutage treten läßt, wieviel England im Kriege auf dem Balkan verspielt hat.

Als die Antwortnote der Entente an den Präsidenten Wilson bei Andeutung der Kriegsspiele gegenüber Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei die vierte Macht im Bunde unerwähnt ließ, verfiel kein einziges bulgarisches Blatt, welcher Parierichtung auch immer, etwa auf den Gedanken, hieraus verhältnismäßig freundschaftliche Bestimmungen Englands für Bulgarien zu schließen. Es wurde vielmehr bei Erörterung dieser Note durchweg zum Ausdruck gebracht, daß die von der Entente gegenüber den Bulgaren verbündeten Mächten befolgtene Kriegspolitik auch für dieses Land verderblich sein müßte. Vor allen Dingen weiß man heute auf dem ganzen Balkan genau, daß ein russisches Konstantinopel für eine selbständige Balkanpolitik das unbedingte Ende bedeuten würde. In dem England den Russen Konstantinopel zusagte, machte es sich zum Feinde des Balkans.

Die frühere englische Balkanpolitik hat große Schwankungen zu verzeichnen. Jahrzehntlang war England

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 1. Februar 1917.

Der Lichtmehrsammler.

In der katholischen Kirche werden am 2. Februar, dem Lichtmessfest, alle die Kerzen geweiht, die für das kommende Jahr zu kirchlichen Handlungen oder auch zu mancherlei häuslichen Festlichkeiten verwendet werden. Diese Kerzen werden oft aus freiwilligen Beiträgen der Gemeindeglieder beschafft. So macht sich einige Tage vor Lichtmess der „Lichtmehrsammler“ auf den Weg, um Beiträge zur Beschaffung von Kerzen einzusammeln. Er kommt als demütig Bittender und überlagert kein Haus und keinen Hof. Er kehrt beim reichen Großbauern wie auch beim armen Tagelöhner ein, und auch die Knechte und Mägde bis herab zur Kleinmagd hält er um einen Beitrag an, und in frommen katholischen Gegenden wird es selten einen geben, der nicht ein Lichtmehrsopfer spendet. Von den Wohlhabenden wird ein größerer Betrag erwartet, bei den Armen begnügt sich der Lichtmehrsammler mit ein paar Groschen oder Pfennigen. Wie es in katholischen Gegenden bei diesem Sammeln für Lichtmehrskerzen zugeht, schildert uns Peter Kofegger recht anschaulich in seinem „Volksleben in Steiermark“. Dort tritt der Sammler mit den Worten auf:

Der heilige Jakobus schickt mich in alle Häuser und Hütten,
Und er läßt mit Herz und Hand um ein Lichtmehrsopfer bitten.

Wer ihm schickt fünf Groschen, dem sagt er: Gott: Lob und Ehr!

Und wer ihm schickt zehn Gulden, dem sagt er auch mit mehr!

Aber ein Lichtlein wird ihm brennen zu jeder Stunde
In unserer heiligen Pfarrkirche zum ewigen Bund,

Und ein Lichtlein wird ihm leuchten bis zum Totenschrein,

Und ein Lichtlein wird ihm leuchten durch die Hölle-Feuerpein,

Und ein Lichtlein wird ihm leuchten in dem Himmel ein!

Am 1. 2. 1917 ist eine Bekanntmachung Nr. W. III. 4000/12. 16. K. K. A. betreffend Beschlagnahme von Natron. (Sulfat) Zellstoff, Spinnpapier und Papiergarne erschienen, durch die aller Natron- (Sulfat) Zellstoff, alles unter Mitverwendung von Natron- (Sulfat) Zellstoff hergestellte Spinnpapier, sowie alle Papiergarne, welche aus dem vorbezeichneten Spinnpapier allein oder unter Mitverwendung von Fasern hergestellt sind, beschlagnahmt werden. Ausgenommen bleiben nur die Garne, die aus Papier und Bastfasern bestehen. Diese Garne unterliegen den Bestimmungen der Bekanntmachung Nr. W. III. 3000/9. 16. K. K. A. vom 10. 11. 1916.

Trotz der Beschlagnahme bleibt die Lieferung von Natron- (Sulfat) Zellstoff, von Spinnpapier und von Papierlagern zur Herstellung von Papierrundgarn gestattet, während die Lieferung von Papierrundgarn nur unter bestimmten Einschränkungen und Bedingungen zulässig ist. Ebenso bleibt trotz der Beschlagnahme die Verarbeitung und Verwendung von Papierrundgarn allgemein und die Verarbeitung von Papierlagern zu Papierrundgarn erlaubt, während die Verarbeitung von Natron- (Sulfat) Zellstoff auf bestimmte Bedingungen, insbesondere an ein bestimmte Mischung mit Sulfat-Zellstoff geknüpft ist.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, deren einzelne Bestimmungen für die beteiligten Kreise von Wichtigkeit sind, ist in der „Kreis-Zeitung“ einzusehen.

Höchstpreisverordnung für Zink. Am 1. 2. 1917 tritt eine Höchstpreisverordnung für Zink in Kraft, in der für Zink je nach dem Feingehalt, auch für ungeschmolzenes Zink, Altzink und dergl. und für Zink in Erzen Höchstpreise festgelegt werden. Ueber die Anwendung der Höchstpreise in verschiedenen Fällen, auch bei Weiterverarbeitung des Zinks, sind bestimmte Richtlinien gegeben. Ausnahmen von end Bestimmungen der Höchstpreisbekanntmachung können insbesondere bei Einfuhr gestattet werden. Anträge und Anfragen sind an die Metallmeldestelle

ein Freund, ja zeitweise sogar ein Verbündeter der Türkei, um sie gegen den alten Erbfeind Rußland zu benutzen. Später wendete sich das Blatt vollständig. Die Türkei wurde von führenden englischen Staatsmännern mit Ausdrücken des Hasses bedacht, und überall im türkischen Gebiet eroberte die englische Staatskunst kleine Völker, die vom türkischen Joch zu befreien waren.

Zu der Zeit, da Rußland, freilich aus sehr durchsichtigen eigennützigen Machtgründen, das Befreiungswort auf dem Balkan in die Hand genommen, war England noch keineswegs geneigt, ein großes Bulgarien aufkommen zu lassen, weil es in Bulgarien nur eine Machterweiterung Rußlands erblickte. Später wußte es dann freilich durch sein Eintreten für die Mazedonier in Bulgarien jene politischen Regungen zu erwecken, von denen in dem oben erwähnten Ausspruch des bulgarischen Ministerpräsidenten die Rede ist. Als es aber tatsächlich zur Trennung Mazedoniens von der Türkei kam, rührte England keinen Finger, um den bulgarischen Ansprüchen zur Erfüllung zu verhelfen, sondern ließ es geschehen, daß die Makedobulgaren zu Serbien fielen.

Wohl hat die englische Balkanpolitik in allgewohnter Weise viel Gebrauch gemacht von dem ihr so geläufigen Schlagwort: vom Recht der kleinen Völker, aber im Grunde genommen geschah es nie um dieser kleinen Völker selbst willen, sondern immer nur um große Mächte des europäischen Festlandes zu schwächen, Momente der Beunruhigung zu schaffen und neue Handhaben zu gewinnen, um die verschiedenen Großmächte gegen einander auszuspielen.

Dieses alte englische Intrigenspiel ist durch den Verlauf dieses Krieges auch den Balkanbewohnern, insbesondere den Bulgaren, klar vor Augen gerückt worden. Man hat erkannt, daß das Großpöppel Serbiens nur dazu dienen sollte, Oesterreich-Ungarn zu bedrohen und in seiner politischen Nachstellung zu schwächen. Man hat

der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsamts des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin W. 9, Potsdamerstraße 10—11 zu richten. Einzelheiten sind aus Verwaltungen usgahängt.

Keine Bezugsheine für den Privatverkehr. Die Meldung mehrerer Blätter, daß mit der Einführung eines Bezugsheines für den Privatverkehr zu rechnen sei, ist nicht die erste ihrer Art; sie ist auch ebenso unzutreffend wie frühere Gerüchte gleichen Inhalts. An der zuständigen Stelle des Eisenbahnministeriums ist nichts davon bekannt, daß eine solche Maßnahme in Aussicht genommen wäre. Die ständige Überwachung des privaten Reiseverkehrs würde, abgesehen von anderen unerwünschten Begleiterscheinungen, eine Erschwerung des Berufsverkehrs zur Folge haben, der sich ohnehin auf den Eisenbahnen unter mancherlei Einschränkungen und Mißlichkeiten vollzieht. Dazu wird die Staatseisenbahnerverwaltung ohne zwingende Not die Hand nicht bieten wollen. Von der Einfuhr und dem guten Willen der Bevölkerung muß aber erwartet werden, daß die Eisenbahnen für private Reisen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Einzelne nach eigener gewissenhafter Prüfung die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß ein Unfall vorliegt, der die Reise unerlässlich und unaufschiebbar erscheinen läßt. Wer gegenwärtig oder in den nächsten Vergnügungsreisen oder sonst Reisen ohne zwingenden Anlaß unternimmt, hemmt unsere kriegswirtschaftlichen Aufmarsch und schädigt unsere militärischen Operationen. Das ist wohl Grund genug, daß die Bevölkerung die erforderlichen Maßregeln zur Entlastung der Eisenbahnen von überflüssigen Privatreisen selbst in die Hand nimmt.

Das Einheitsbrot. Unter Wogfall des Weißbrots haben einzelne, größere Städte, Versuche gemacht, ein Einheitsbrot herzustellen. Boreitig haben sich nun Stimmen vernommen, welche den Erfolg dieses Versuches bestritten. Dem gegenüber ist das Kriegsernährungsamt auf Grund einer aus Hamburg eingegangenen amtlichen Auskunft, in der Lage mitzuteilen, daß die Erfahrungen mit dem Einheitsbrot durchaus günstig sind. Eine wesentliche Verbesserung des Roggenbrots ist damit erreicht. Klagen der Bevölkerung über das Fehlen des Weißbrots sind nicht laut geworden. Selbst für Kranke wird nie Weißbrot geboten, da die Ärzte es für entbehrlich halten. Hamburg ist in der Lage, seine allgemeine Brotration vom 18. Februar ab auf 1850 gr. zu erhöhen und hofft, durch die Einführung des Einheitsbrotes zu einer noch weiteren Erhöhung befähigt zu werden.

Auch aus Wiesbaden, wo das Einheitsbrot eingeführt, das Weizenbrot aber verboten ist und nur auf ärztliches Attest verabfolgt wird, sind laut amtlicher Mitteilung die Erfahrungen mit dieser Brotverförmung gut.

Nahrungsmittelwindel. Eierlegeteiler werden jetzt häufig unter zum Teil recht marktschreierischer Reklame angepriesen. Eine solche Anpreisung geht auch von einer Viehnährmittelfabrik aus. Ueber den Befund einer Probe des Eierlegeteilers dieser Fabrik hat eine agrarökonomische Kontrollstation sich dahin gutachtlich geäußert, daß 1,20 Prozent phosphor-, 24,80 Prozent kohlenstoff-, 7,05 Prozent Kalk-, außerdem Eisenverbindungen mit 3,35 Proz. Eisenoxyd festgesetzt wurden. Neben den mineralischen Bestandteilen fanden sich noch Pflanzenteile. Der Wert der gesamten in der Packung vorhandenen organischen Bestandteile ist auf nicht ganz einen Pfennig zu veranschlagen. Die Firma selbst gibt als Bestandteile neben den beiden Arten Kalk gepulverten Majoran, den allg. Wacholderbeeren, Fenchel, zum kleinen Teil Kleinsaat, je etwas Viehsalz und gemahlene Seemuschel an. Der Weizenlegeteiler der Substanz einschließlich Nährstoffen und Packung trägt höchstens 10 Pfg., während das Paket im Kleinen 24. Juni 1915 80 Pfg. kostet. Das Pulver kann auf die Vegetation 1915 (9) bei der Bewerterung eine fördernde Wirkung, wie man nach Reklame der Benennung zu erwarten berechtigt ist, nicht ausüben (R. 6. 2). Bei der Bewertung kann vom Gefüßelzüchter nur der des Hahn ihm enthaltene kohlenstoffreiche Kalk als Stoff zum Ausbilden ungenutzter Eierkalken in Betracht gezogen werden. Diesen September 1915 kann er sich aber überall kostenlos oder mit wenigen Pfennigen in der Form von Mörtel verschaffen. Das Königlich Preussische Landes-Oekonomie-Kollegium und die Zentrale

erkannt, daß die kleinen Staaten, die an die Seite der Großen treten, nur zu willkürlichen Kriegswerkzeugen (Ländern) werden, und man hat erkannt, daß das Recht der kleinen Völker in Wahrheit seinen Schutz nicht findet an der Seite Englands, sondern vielmehr an der Seite der Mittelmächte.

Auch der bulgarische Soldat hat sich mit farbigen Engländern schlagen müssen und ist durch diesen Augenblick belehrt worden, daß England, der Schlichter der kleinen Völker, eine ganze Reihe kleiner Völker in fremden Gezeiten als Heloten zu willkürlichen Werkzeugen seiner Kriegsführung macht.

Als verbündetes Werkzeug der englischen Kriegführung sind Serbien und Montenegro und zum Schluß Rumänien vor den Augen und unter tatkräftiger Mitwirkung der Bulgaren zugrunde gerichtet worden. Das Schicksal Griechenlands führt den Balkanbewohnern deutlich vor Augen, in welchem Grade England die Rechte der kleinen Völker mißachtet, das sich nicht als Werkzeug einer kühnen Kriegsführung hergeben will, sondern seine Neutralität bewahren möchte.

So hat denn England durch eigene Schuld auf dem Balkan alle Sympathien verwirkt. Es hat gerade durch seine Beweis über Beweis geführt, wie von Grund aus unweiselhaft die Redewendung vom Rechte der kleinen Völker im höchsten Maße Blindheit begaben, versetzten dem Untergang; der Balkanstaat, der neutral bleiben wollte, wurde von England aus schmachvoll drangsaliert; die Frucht des gescheiterten Sieges war einzig und allein auf Seiten jener Balkanmacht, der England als Bundesgenosse Rußlands auszuheben versuchte, Konstantinopel den Russen auszuliefern rechtzeitig verdächtig wurde und die, an die Seite der Mittelmächte tretend, die praktische Erfahrung machte, wo das Recht der kleinen Völker wirklich Geltung findet.
